

## Corona-Krise

# Öffentlicher Dienst arbeitet auf Hochtouren

dbb rheinland-pfalz wirbt für Wertschätzung und Respekt

Durch die Pandemie hat sich unser Alltag komplett geändert, gewohnte Routinen greifen nicht mehr und es besteht hoher, fortgesetzter Anpassungsdruck – eine große Herausforderung für unbedingt notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der Landesleitung des dbb rheinland-pfalz ist deshalb besonders wichtig, auf die unverzichtbare Rolle des öffentlichen Dienstes hinzuweisen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz legen sich gerade mit unermüdlicher Einsatzbereitschaft ins Zeug für die Gesundheit und die Sicherung der Menschen. Seit Wochen wird hier Außergewöhnliches geleistet.

Gerade in schwieriger Zeit überzeugt der öffentliche Dienst mit Effektivität und Leistungsvermögen, auf ihn ist auch und besonders in Krisenzeiten immer Verlass. Deshalb werden wir in Deutschland die COVID-19-Krise besser bewältigen, als es anderswo der Fall sein mag, davon sind wir überzeugt. Das hat einen hohen Wert und die Menschen im öffentlichen Dienst verdienen dafür Wertschätzung.

Die Kolleginnen und Kollegen freuen sich in angespannter Lage über Respekt und auch mal ein freundliches Danke-

schön. Gut gebrauchen können sie mehr Verständnis für ihren Job und dessen Ausführung in der gegenwärtigen Lage.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind auf allen Ebenen in rauer See an Deck und leisten unter teils sehr hohen Belastungen ihre wichtige Arbeit.

Beruflich in sehr vielen Dienstsparten am Anschlag, trifft die Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Privaten wie alle anderen auch der schwierige Umbruch durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Virusausbreitung.

Aber Herausforderungen sind dazu da, um angenommen zu werden.

Krankenschwestern, Pfleger, Ärzte, Mitarbeiter der Gesundheitsämter, Personal in der Leistungsverwaltung und der allgemeinen Kommunalverwaltung, Einsatzkräfte bei Rettungsdiensten, Feuerwehr und Polizei, Justizvollzugsbedienstete, Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, Lehrerinnen und Lehrer und viele Weitere sind unermüdlich und oftmals im unmittelbaren Gefahren- und Infektionsbereich im Dienst. Viele weitere Kolleginnen und Kollegen sorgen paral-

lel dafür, dass der Dampfer Staat weiter fest auf Kurs bleibt.

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz bekräftigte dazu: „Den erneut besonders geforderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst muss jede mögliche Hilfe und Unterstützung gegeben werden in der gegenwärtigen Lage. Für uns alle gilt, in Besonnenheit und Solidarität die behördlichen Anweisungen sowie die Infektionsschutzregeln weiterhin zu beachten und zu befolgen. So können wir diese Krise gemeinsam meistern!“ ■



➤ Stellvertretender Landesvorsitzende Lars Lamowski, Hans-Dieter Gattung, Elke Schwabl, Peter Mertens, dbb Landeschefin Lilli Lenz und stellvertretender Landesvorsitzender Robert Tophofen (von links)

# Digitalisierung im öffentlichen Dienst

## Nachholbedarf

Lücken werden wegen Corona-Pandemie deutlich

Deutschland ist zu Ostern mit Einschränkungen infolge der Corona-Krise durch und durch beschäftigt gewesen. Viele Arbeitgeber, auch öffentliche, waren und sind daran interessiert, das Ansteckungsrisiko ihres Personals zu verringern und Wege zu finden, den (Dienst-)Betrieb durchgehend aufrechtzuerhalten – auch dann, wenn es in der Belegschaft zu Infektionen mit SARS-CoV-2 kommen sollte. Ein Mittel der Wahl ist der abwechselnde Schichtbetrieb der Präsenzmitarbeitenden beziehungsweise eine rollierende Kohortenlösung. So soll gewährleistet werden, dass eine – gesunde – Gruppe zur Not den Gesamtbetrieb fortführen kann, wenn andere Gruppen durch Einzelinfektionen in Quarantäne müssten. Das Sichnichtbegegnen ist logischerweise dann kein arger Produktivitätshemmer, wenn „Homeoffice“ möglich ist. Dafür, dass eine Arbeitskraft von daheim so tun kann, als ob sie am Arbeitsplatz präsent ist, brauchte es die richtige Kommunikations- und Informationstechnologie an beiden Enden der Leitung sowie einwandfreie örtliche (Trennung von Privatem und Dienstlichem) und technische Gegebenheiten (etwa Rechnerleistung und Speicherplatz). Wichtig sind auch die zugehörigen Anwenderkenntnisse.

Daneben, und mit Blick auf die außen wirkende „Kundenzufriedenheit“ wohl wichtiger, kommt es in Zeiten pandemiebedingt gesteigerter Nutzung von Online-Angeboten auch darauf an, wie zugänglich die öffentliche Verwaltung auf elektronischem Wege ist, welche Serviceleistungen gut online angeboten und welche

Kapazitäten dafür vorgehalten werden können.

Der dbb setzt sich auf allen Ebenen für Verbesserungen und für das Schritthalten des öffentlichen Sektors bei der rasanten Digitalisierung ein. dbb Bundeschef Ulrich Silberbach wurde krisenbegleitend in überregionalen Tageszeitungen zitiert mit grundsätzlichen Forderungen nach moderner Mindestausstattung und zeitgemäßer IT-Architektur in Bürgerämtern, Schulen, Finanz-, Kommunal- oder Polizeibehörden, aber auch mit speziellen Anregungen zu „staatlichen Daten-Clouds“, also hohen Datenschutzanforderungen genügenden, eigenen Speicherlösungen.

Der dbb rheinland-pfalz befasst sich ebenfalls schon länger mit dem Thema Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung. Der Gewerkschaftstag 2019 verabschiedete zum Beispiel Anträge aus dem Schulsektor: Gefordert werden etwa Dienstlaptops oder -tablets für jede Lehrkraft, da hier derzeit private Geräte dienstlich einzusetzen sind. Gefordert werden daneben mit Blick auf die nur als Anschlag gedachten möglichen Finanzierungen aus dem sogenannten Digitalpakt längerfristige Lösungen zur Sicherstellung von WLAN-Empfang in den Schulen und zur Wartung sowie Pflege stabiler IT-Anlagen in den Dienststellen, am besten durch Fachpersonal.

In Corona-Zeiten zeigt sich, wie berechtigt diese Forderungen sind. Durch die Schulschließung auf die Kommunikationsmittel E-Mail und – für allgemeine Verlautbarungen

– Homepage verwiesen, haben die Leitungen und Lehrkräfte das Beste draus gemacht und dabei über die Elternvertretungen die Eltern vergleichsweise stärker in das schulische Miteinander einbezogen. Damit haben jetzt viele Erfahrungen mit der „digitalen Schule“. Zum Teil gibt es in den Schulen kein oder kein stabiles WLAN. Im „privaten“ elektronischen Kontakt Lehrer-Eltern-Schüler passiert alles, was in teils überlasteten Netzen an hinderlichen Dingen passieren kann. Die zentrale Lernplattform sackt unter ersten Anmeldewellen zusammen. Dann stellt sich zumindest für Neuzugänge heraus, dass die Plattform bislang offensichtlich von einigen Schulen sehr ausgiebig, von anderen aber allenfalls sporadisch genutzt wird. Folglich haben nicht nur Schüler und Eltern, sondern auch Lehrkräfte erheblichen Nachholbedarf in der Nutzung. Ausgewichen wird lehrerseits auf externe Anbieter, mit einem mal gibt es zahlreiche Freischaltungen und gleichzeitig ellenlange Erklär-Mails für den Zugang. Administrative Kommunikation übersteigt in ihrem Umfang nahezu den elektronischen Lehrer-Schüler-Austausch. Hier wird viel aufzuarbeiten sein, wenn die Schulen und die Schulbehörde sowie das Ministerium wieder zum Normalbetrieb zurückgekehrt sein werden. Im November 2019 hatte der Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz passend dazu gemahnt: „Elektronische Informations- und Datenverarbeitungstechnik muss laufen. Kleinteilig herumdokternde ‚Bordmittel-Lösungen‘ für das Minimalziel ‚irgendwie wird es schon gehen‘ reichen nicht aus, um digital Anschluss halten zu können.“

Aber auch im Hinblick auf den restlichen Landesdienst sah der Gewerkschaftstag des dbb rheinland-pfalz Handlungsbedarf, Stichwort E-Akte. Deren Einführung beziehungsweise weitere Digitalisierungsmaßnahmen sind aus Gewerkschaftssicht nämlich durch die Bereitstellung zusätzlicher Personal- und Sachmittel für die Landesverwaltung zu unterstützen. Mag Digitalisierung auch der Rationalisierung dienen, so ist ihre Entwicklung eine Zusatzaufgabe, die in den Verwaltungen oftmals auf die eigentlichen (Fach-)Aufgaben draufgesattelt wird. Deshalb braucht man erstmal mehr Personal, Ausstattung und auch Geld, um auf dem Digitalisierungsweg erfolgreich vorankommen zu können.

Die Einschränkungen zur Verlangsamung des neuartigen Coronavirus haben auch in der öffentlichen Verwaltung zu Maßnahmen geführt, die modernen Arbeitsformen plötzlich entgegen bisheriger Zurückhaltung und Bedenken Vorschub leisten. Kommunikationsmittel wie Video- und Telefonkonferenzen werden ebenso wie sichere Datenverbindungen zum Dienstserver immer wichtiger. Das sind Digitalisierungsbeschleuniger, die auch nach Ende der Corona-Krise ihre Wirkungen behalten dürften. Gewerkschaftlich wird genau darauf zu achten sein, wie damit umgegangen wird unter Einhaltung von Datenschutzstandards, Arbeitsschutzgesichtspunkten und Mitarbeiterzufriedenheit. Nicht außer Acht gelassen darf dabei auch das Schritthalten des Personalvertretungsrechts.